

"Fünfzehn Egoisten" in Die Zeit (27. September 1996)

Quelle: Die Zeit. 27.09.1996, Nr. 32. Hamburg. "Fünfzehn Egoisten", auteur:Schmid, Klaus-Peter , p. 32.

Urheberrecht: (c) Die Zeit

URL: http://www.cvce.eu/obj/funfzehn_egoisten_in_die_zeit_27_september_1996-de-b1ae3f58-c17f-4c88-88c9-b79253ea8108.html

Publication date: 20/12/2013

Fünfzehn Egoisten

Euro, Rinderwahn, Subventionen: Europa muß seine Interessengegensätze akzeptieren und austragen/Von Klaus-Peter Schmid

Europa kommt! Es wird immer klarer, daß die Währungsunion pünktlich im Jahr 1999 starten kann. Die Finanzminister und Notenbankchefs der fünfzehn EU-Länder legten am Wochenende in Dublin eine weitere Etappe auf dem Weg zur Einführung des Euro zurück. Theo Waigel erklärte ohne Vorbehalt, der Euro werde stabiler als die Mark - und Bundesbank-Chef Hans Tietmeyer widersprach ihm nicht. Das sind neue Töne, hinter denen politische Entschlossenheit steht.

Armes Europa! Londons Premier John Major schockierte zur gleichen Zeit seine Partner mit der Ankündigung, er werde sich nicht an die mit seinem Einverständnis beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rinderwahns halten. Wissenschaftler wollen herausgefunden haben, daß die Seuche auf der Insel bis zur Jahrhundertwende quasi von selber verschwindet - und schon legt Großbritannien die Schlachtpläne zu den Akten. Die Verärgerung in Brüssel ist so groß, daß Klaus Hänsch, der Präsident des Europäischen Parlaments, London allen Ernstes aufforderte, die EU zu verlassen.

Visionen und Zuversicht auf der einen Seite, Streit und Obstruktion auf der ändern - wie soll da Europa (und zumal seine Wirtschaft) weiter zusammenwachsen? Können die auseinanderlaufenden Interessen überhaupt auf einen Nenner gebracht werden? Wachsen nicht Gegensätze, wo Einheit entstehen soll?

Zunächst einmal: Es wäre zu einfach, mit dem Finger auf ein Land zu zeigen und es für alle Übel verantwortlich zu machen. Richtig, die Briten haben den guten Willen ihrer Partner strapaziert. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, von Europa profitieren zu wollen, ohne selber etwas beizutragen. Das jüngste Beispiel: Die Londoner City möchte gerne an den Früchten der Währungsunion teilhaben, die Regierung lehnt es aber ab, auch die Pflichten eines Mitglieds zu akzeptieren. Wird eine solche Haltung zur Strategie, ist der Begriff der Obstruktion berechtigt.

Aber gemacht, auch der selbsternannte Musterknabe der EU namens Deutschland hat sich in jüngster Zeit alles andere als mustergültig verhalten. Der Skandal um die Subventionen für den Bremer Vulkan ist bei den EU-Partnern und vor allem der Brüsseler Kommission in frischer Erinnerung. Daß sich die Regierung des Freistaats Sachsen über eine rechtskräftige Entscheidung aus Brüssel hinwegsetzte und verbotene Subventionen an VW zahlte, hat dem deutschen Ansehen schwer geschadet. Aber deswegen käme niemand auf die Idee, die Deutschen aus der EU zu werfen.

Das Bild, das die Europäische Union in diesen Tagen bietet, ist nicht berauschend. Aber nüchtern betrachtet, herrschte im europäischen Haus nie eitel Harmonie. Den einen ging es zu schnell, den andern zu langsam. Die einen wollten mehr Freihandel, die andern eine Festung Europa. Der Binnenmarkt wurde als Fortschritt bejubelt, die Verstöße gegen seine Regeln gehören seither zum Alltag. Die Südländer fordern mehr Solidarität von den reichen Nachbarn, die rufen nach Subsidiarität. Doch bei allem Gezeter wurde die Existenz der Gemeinschaft und später der Union nie in Frage gestellt.

Dafür gibt es eine plausible Erklärung: Nicht der Respekt vor den Gründervätern, nicht ein vages Verantwortungsgefühl für den Kontinent, sondern das Interesse der beteiligten Länder hat Europa bisher zusammengehalten. Wäre es anders, wäre der Verbund von heute fünfzehn Ländern schon längst in seine Bestandteile zerfallen. Und er wird weiter halten, wenn die Beteiligten davon überzeugt sind, daß sie gemeinsam mehr erreichen als allein. Bei allem Gezänk und gegen alle Zweifel: Kein seriöser Politiker stellt diesen Grundkonsens in Frage.

Europa wird nicht als harmonisches Kränzchen weiterbestehen, sondern als Ort, an dem Interessen aufeinanderprallen und Streit zum politischen Alltag gehört. Schon heute lassen sich die zentralen Konflikte der kommenden Jahre benennen:

- Der Begriff der Solidarität wird ins Wanken geraten. Wer heute zahlt (siehe Deutschland), will weniger

zahlen; wer großzügig bedacht wird (wie der Süden), hält mit Zähnen und Klauer, an seinem Besitzstand fest. Zudem wird Europa, mit der Währungsunion in mindestens zwei Klassen getrennt, die Tüchtigen und die weniger Tüchtigen; das Zusammenwachsen wird damit nicht leichter.

- Nationale Alleingänge werden sich häufen. Rinderwahn und Beihilfenkontrolle sind ein Vorgeschmack. Hier und dort werden Biederköpfe aufstehen und erklären, ihnen habe Brüssel keine Vorschriften zu machen. Mit dem Ruf nach Subsidiarität, also nach der Beschneidung Brüsseler Kompetenzen, werden nationale Politiker ihren eigenen Handlungsradius zu vergrößern suchen. Wird nicht gegengesteuert, steht Brüssel als Papiertiger da.
- Die Reform der EU Politik wird eine Zerreißprobe bedeuten. Die breite Streuung der Milliarden aus den Strukturfonds ist nicht mehr zu rechtfertigen; daneben weiß jeder, daß mit der Osterweiterung die heutige Agrarpolitik nicht zu halten ist. Aber die Lobby der Nutznießer ist stark, sie bremst bisher Ansätze zur grundsätzlichen Neuorientierung. Hier droht die totale Blockade der gemeinsamen Politik.
- Die Meinung der Bürger über Europa wird weiter auseinanderdriften. Für manche ist Europa Hoffnung, für andere Last; Zulauf haben die Skeptiker. Solange sich Politiker Erfolge gutschreiben und Probleme auf Brüssel schieben, wird dessen Image schlecht bleiben. Und solange im einen Land die Steuerflucht zum europäischen Nachbarn ein Ärgernis ist, im andern die Einschränkung der Freizügigkeit, in einem dritten die Furcht vor dem Import verseuchten Fleisches, wird es schwer sein, die Öffentlichkeit für mehr Europa zu gewinnen.

Bisher ist Europa mit seinen Interessenkonflikten leidlich zurechtgekommen. Respekt vor dem Recht und den Institutionen war stets eine Voraussetzung dafür, daß Konflikte nicht eskalierten. Die andere Voraussetzung war die Einsicht, daß angesichts von Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Globalisierung nur Einheit stark macht - Einheit, weil sie im Interesse aller Beteiligten liegt. Solange die Europäer diesen Grundsatz bejahen, werden sie Rinderwahn, VW-Beihilfen und ähnliche Minikatastrophen ohne dauernden Schäden überstehen.